

Verfassung als gesellschaftlicher Prozess

Entwicklungen im Nahen Osten

Shirin Naef

Der Konstitutionalismus verbreitete sich von Westeuropa aus über die ganze Welt und brachte eine Vielzahl unterschiedlicher Regierungsformen hervor. Doch ist der Weg zum demokratischen Verfassungsstaat lang. Die Verfassungsgeschichte der Staaten im Nahen Osten zeigt, wie komplex gesellschaftliche Verfassungsprozesse sind.

Seit der Amerikanischen und der Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts ist die Verfassung zum zentralen Merkmal des modernen Staates geworden. Sie ist das grundlegende Dokument für die Ausgestaltung eines Staates und seiner Institutionen sowie die Basis für andere Gesetze und Entscheidungen, die ihr nicht widersprechen sollten.

Der Begriff «Konstitutionalismus» beschreibt den Prozess der Begrenzung politischer Macht durch das Recht mittels Verfassungsnormen. Seine wichtigsten Merkmale sind zum einen die Forderung nach Begrenzung politischer Herrschaft und zum anderen die Rechtsstaatlichkeit.

Geprägt durch die englische Verfassungsentwicklung seit dem 17. Jahrhundert ist der Konstitutionalismus integraler Bestandteil der Idee der modernen liberalen Demokratie. Er begrenzt die Macht der Regierung, zum Beispiel durch eine nicht kodifizierte Verfassung und ein Gesetzeswerk (wie in England) oder durch eine kodifizierte Verfassung (wie in den Vereinigten Staaten).

Der Weg zum demokratischen Verfassungsstaat ist lang

Die Geistesgeschichte des Konstitutionalismus in Europa ist eine der reichsten Erfahrungen der menschlichen Kultur und eine der wichtigsten Quellen des politischen Denkens, der Sozial- und Rechtsgeschichte sowie der Rechtsphilosophie. Die Magna Carta von 1215, die wichtigste Quelle des englischen Verfassungsrechts, ist das erste Dokument, das den Grundsatz festschrieb, dass der Kaiser und seine Regie-

Résumé

L'évolution du constitutionnalisme en Europe est l'une des expériences les plus riches de la culture humaine et l'une des sources les plus importantes de la pensée politique, de l'histoire sociale et juridique et de la philosophie du droit.

En Europe, d'importantes avancées du constitutionnalisme, comme la protection par des bases juridiques des droits et des libertés contre les souverains et, finalement, l'émergence de l'État moderne, ont eu lieu au cours du processus de sécularisation du XIII^e au XIX^e siècle. Ce processus s'est répandu dans le monde entier à partir de l'Europe occidentale et a donné naissance à une multitude de formes de gouvernement différentes. Cependant, le chemin vers la démocratie libérale, l'État constitutionnel démocratique et le respect des droits fondamentaux est long et sinueux. Pour mieux comprendre la structure normative des constitutions, le défi qu'elles représentent et la manière dont elles façonnent l'avenir, il est nécessaire de connaître les arrière-plans historiques et culturels de l'histoire constitutionnelle.

Les exemples de la Turquie, de l'Iran, d'Israël et de l'Afghanistan donnent un aperçu de la complexité juridique et politique des constitutions. Nous pouvons observer une multitude de systèmes juridiques interdépendants : droit religieux, droit coutumier, fragments de culture juridique européenne ou encore droit constitutionnel. La dynamique de ces interactions est évidente au niveau de la pratique juridique, qui avant tout régle la répartition et la limitation du pouvoir politique et économique, mais qui ne garantit pas totalement les droits de l'homme et les libertés fondamentales.

rung nicht über dem Gesetz stehen. Durch die Verankerung des Rechts als unabhängige Gewalt wurden der königlichen Autorität Grenzen gesetzt und die politischen Freiheiten des Adels sowie die Unabhängigkeit der Kirche von der Monarchie garantiert. Einige Jahrhunderte später wurde die Magna Carta zum Symbol der Rechtsstaatlichkeit und zur Grundlage wichtiger Ideen in der angloamerikanischen Rechtstradition.

In Europa erfolgten wichtige Errungenschaften des Konstitutionalismus, wie der Schutz der Rechte und Freiheiten vor den Herrschern durch rechtliche Grundlagen und schliesslich die Entstehung des modernen Staates, im Zuge der Säkularisierung vom 13. bis zum 19. Jahrhundert. Dieser Prozess verbreitete sich von Westeuropa aus über die ganze Welt und brachte eine Vielzahl unterschiedlicher Regierungsformen hervor. Der Weg zur liberalen Demokratie, zum demokratischen Verfassungsstaat und zur Verwirklichung der Grundrechte war jedoch lang und verschlungen. Konstitutionalismus im oben beschriebenen Sinne ist längst nicht überall verwirklicht. In vielen Staaten ist er noch im Entstehen begriffen. Um die normative Struktur von Verfassungen, ihre Herausforderung und ihre Zukunftsgestaltung besser zu verstehen, ist es notwendig, die historischen und kulturellen Hintergründe der Verfassungsgeschichte zu kennen.

Verfassungsrechtliche Entwicklungen im Nahost

Türkei: vom liberalen Konstitutionalismus zum autokratischen Präsidialsystem

Die erste türkische Verfassung wurde im Osmanischen Reich 1876 verabschiedet und 1908 überarbeitet. An der Spitze dieser Bewegung standen eine Reihe liberaler osmanischer Bürokraten und Konstitutionalisten. Die heutige Türkei ist eine Präsidialrepublik, die 1923 von Mustafa Kemal Atatürk als Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches gegründet wurde. Nach mehreren Verfassungsänderungen infolge eines Militärputsches wurde die Verfassung von 1982 zur neuen Verfassung des Landes. Seit der Gründung der Republik ist die Türkei laizistisch und kemalistisch geprägt. Die letzte grosse Änderung der türkischen Verfassung wurde 2017 durch ein Verfassungsreferendum vorgenommen. Die Türkei wurde von einer säkularen Republik in ein autokratisches Präsidialsystem mit islamischen Zügen umgewandelt, was das Land vor neue Herausforderungen stellte. Die Machtposition des amtierenden Präsidenten Recep Tayyip Erdogan wurde dadurch gestärkt.

Iran: von der konstitutionellen parlamentarischen Monarchie zu den aktuellen Protestbewegungen

Die konstitutionelle Revolution im Iran führte zur Verabschiedung der ersten iranischen Verfassung und zur Gründung des ersten iranischen Nationalparlaments im Jahr 1906. Trotz zahlreicher Hindernisse für die Gesetzgebung prägte dieses erste Parlament ein nationales Bewusstsein, das sich auf die Rechtsstaatlichkeit und die Institutionen des neuen Staates stützte. Dies löste einen Staatsbildungsprozess aus, der bis in die 1940er-Jahre zur Entwicklung eines modernen Rechtssystems im Iran führte. Die Verfassungsrevolution wurde als eine urbane und populäre Bewegung betrachtet, die durch die aktive Präsenz von Kaufleuten, islamischen Rechtsgelehrten, liberalen Verfassungsrechtlern und Intellektuellen ermöglicht wurde. Diese Bewegung beendete endgültig die absolute und uneingeschränkte Macht des Schahs und machte aus dem Iran eine konstitutionelle parlamentarische Monarchie. Die Pahlavi-Dynastie (1925-1979) baute ein modernes Justizsystem auf und ersetzte islamisches Recht und Gewohnheitsrecht weitgehend durch staatliches Recht. Die Modernisierungsprogramme wurden jedoch von den religiösen Teilen der Gesellschaft heftig bekämpft, was zur Islamischen Revolution und zum Aufstieg Ruhollah Khomeinis sowie zur Verfassung von 1979 führte, die republikanische und islamische Elemente miteinander verband. Nach Khomeinis Auffassung repräsentiert die islamische Regierung die Herrschaft des göttlichen Gesetzes über das Volk. Die aktuelle iranische Protestbewegung «Frau – Leben – Freiheit» ist die grösste Anti-Regime-Bewegung im Iran seit der Revolution von 1979. Was mit Demonstrationen gegen den obligatorischen Hijab begann, hat sich zu einem Ruf nach Abschaffung der Islamischen Republik selbst entwickelt. Auf der Suche nach neuen Wegen denkt ein Teil der iranischen Zivilgesellschaft über eine Rückkehr zur parlamentarischen Monarchie, zum Konstitutionalismus und zur Verfassung von 1906 nach.



Die internationale Bewegung «Woman – Life – Freedom» protestiert gegen das iranische Regime. Aufnahme aus einem Protestmarsch in New York, 19. November 2022.

Israel: die ungeschriebene Verfassung

In Anlehnung an die anglo-amerikanische Rechts-tradition hat Israel eine ungeschriebene Verfassung. Seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 haben der israelische Oberste Gerichtshof und das Parlament mehrere Grundgesetze verabschiedet, die sich mit staatlichen Regelungen und Menschenrechten befassen. Ziel war es, den Wert des Staates Israel als jüdischen und demokratischen Staat im Grundgesetz zu verankern. Die Pläne der derzeitigen israelischen Regierung, das Justizsystem des Landes zu reformieren und die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs einzuschränken, sind daher auf eine Welle von Protesten und Kritik gestossen, die eine wachsende Herausforderung für den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu darstellt.

Trotz landesweiter Proteste haben die israelischen Parlamentarier das Justizreformgesetz verabschiedet. Das Gesetz entzieht dem Obersten Gerichtshof die Befugnis, Entscheidungen der Regierung aufzuheben. Es ist die erste einer Reihe umstrittener Änderungen, welche die Macht der Gerichte einschränken sollen. Das Justizreformprogramm der israelischen Regierung hat zu den grössten Protesten in der Geschichte des Landes geführt.

Afghanistan: acht Verfassungen seit 1923

Seit König Amanullah Khan 1923 die erste afghanische Verfassung verkündete, hat Afghanistan acht Verfassungen erlebt, die fast immer von Krisen, Staatsstreich und Regimewechseln begleitet waren: Von der Monarchie zur Republik, vom kommunistischen Regime zum Islamischen Staat, vom Islamischen Emirats zum Islamischen Republik – jedes Mal wurde eine neue Verfassung zur Legitimation eingeführt. Jede der beteiligten Mächte verurteilte die Vergangenheit und versprach eine neue Zukunft für das Land. Für all diese Verfassungen dienten ausländische Verfassungen als Vorlagen, die jeweils mit nur wenigen Anpassungen übernommen wurden. Dies geschah nicht im Rahmen regulärer Gesetzgebungsprozesse, sondern im Zuge politischer Machtübernahmen, was dazu führte, dass die Verfassungen und letztlich auch das Rechtssystem und die gesellschaftlichen Institutionen wenig wirksam blieben.

Die Länderbeispiele Türkei, Iran, Israel und Afghanistan mit all ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden vermitteln einen Einblick in die rechtliche und politische Komplexität von Verfassungsprozessen. Im normativen Sinne können wir eine Vielzahl miteinander in Beziehung stehender Rechtsordnungen beobachten: religiöses Recht, Gewohnheitsrecht, Fragmente europäischer Rechtskultur, Verfassungsrecht. Die Dynamik dieser Wechselwirkungen wird auf der Ebene der rechtlichen Praxis deutlich, die sich primär auf die Aufteilung und Begrenzung der politischen und wirtschaftlichen Macht auswirkt und weniger auf die Gewährleistung von Menschenrechten und Grundfreiheiten.

Tagung der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen

Eine Tagung der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen wird sich 2024 mit der Bedeutung und dem Wandel der Verfassung in der Türkei, im Iran, in Israel und in Afghanistan befassen. Die Veranstaltung soll einen neuen Zugang zur Verfassungsentwicklung und deren kulturellen und gesellschaftlichen Dynamik verfolgen und soll durch eine kulturelle Analyse der dynamischen Verfassungssysteme in den genannten Ländern theoretische und empirische Einblicke in verschiedene rechtliche und politische Normativitäten, Narrative, Orte und Symbole bieten, in denen Verfassungen reproduziert, modifiziert und praktiziert werden.

www.sagw.ch/sgmoik

Literatur

- Blokker, Paul und Chris Thornhill (2017): Sociological Constitutionalism. <https://doi.org/10.1017/9781316403808>
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2016, erstmals 1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht, Frankfurt.
- Thiele, Alexander (2021): Der konstituierte Staat: Eine Verfassungsgeschichte der Neuzeit, Frankfurt.

DOI

<https://doi.org/10.5281/zenodo.8362928>

Zur Autorin

Shirin Naef ist Sozialanthropologin, Dozentin an der Universität Fribourg und assoziierte Forscherin an der Universität Zürich. Zurzeit arbeitet sie an ihrem kulturwissenschaftlichen Habilitationsprojekt über die Beziehung zwischen Recht, Wirtschaft und Religion in Geschichte und Politik des Irans. Sie ist Vorstandsmitglied der Schweizerischen Gesellschaft Mittlerer Osten und Islamische Kulturen.

